

- L E S E F A S S U N G -

Satzung der Technischen Hochschule Lübeck über ihre Verfassung

Vom 9. Oktober 2017

(NBl. HS MBWK Schl.-H. S. 96)

zuletzt geändert durch:

Satzung vom 19. Juni 2018 (NBl. HS MBWK Schl.-H. S. 44)

Satzung vom 26. Juni 2019 (NBl. HS MBWK Schl.-H. S. 41)

Satzung vom 3. März 2021 (NBl. HS MBWK Schl.-H. S. 22)

Satzung vom 1. April 2022 (NBl. HS MBWK Schl.-H. S. 25)

Satzung vom 16. November 2022 (NBl. HS MBWFK Schl.-H. S. 76)

Präambel

Die Technische Hochschule Lübeck versteht sich als Ort des anwendungsorientierten Lernens, Lehrens und Forschens mit technisch-wissenschaftlichem Bezug. Die Ergebnisse ihrer Arbeit verbinden Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Mit ihrer disziplinären und kulturellen Vielfalt und Offenheit gestaltet die Technische Hochschule Lübeck Innovation rund um die Themen „Technik – Ressourcen – Lebenswelten“.

In diesem Selbstverständnis als transferorientierte Hochschule kümmert sie sich um die Lösungen technischer, methodischer und gesellschaftlicher Fragestellungen, die den Menschen und ihren unmittelbaren Lebenswelten dienen sollen.

Die Technische Hochschule Lübeck bildet eine Gemeinschaft und versteht sich als lernende Organisation, die neue Wege geht. Diese Wege beschreitet sie sowohl digital als auch persönlich.

Die Mitglieder und Angehörigen der Technischen Hochschule Lübeck sind bestrebt, wissenschaftlich-kritisches Denken und damit eine friedliche Entwicklung der Gesellschaft zu fördern.

Diese Satzung enthält Bestimmungen zur Verfassung der Technischen Hochschule Lübeck, soweit nicht bereits durch Gesetz verfassungsrechtliche Regelungen getroffen sind.

§ 1

Name, Sitz

(zu § 1 HSG)

Die durch Gesetz vom 1. April 1969 aus der Staatlichen Ingenieurschule für Maschinenbau, Elektrotechnik und Physikalische Technik Lübeck und der Staatlichen Ingenieurschule für Bauwesen Lübeck sowie der Seefahrtsschule Lübeck errichtete Hochschule für angewandte Wissenschaften führt den Namen „Technische Hochschule Lübeck“. Die englische Fassung lautet „TH Lübeck, University of Applied Sciences“, gültige Abkürzungen sind: „TH Lübeck“ sowie „THL“. Ihr Sitz ist die Hansestadt Lübeck.

§ 2

Mitglieder und Angehörige der Hochschule (zu § 13 und § 14 HSG)

Es gelten die Regelungen zu Mitgliedern und Angehörigen in § 13 und § 14 HSG.

Angehörige nach § 13 Absatz 4 Satz 1 Nr. 2 HSG sowie Seniorprofessorinnen und Seniorprofessoren haben darüber hinaus – mit Ausnahme des aktiven und passiven Wahlrechts – grundsätzlich die Rechte und Pflichten bei der Erfüllung der Aufgaben der Hochschule wie Mitglieder der Hochschule, soweit sie an der Hochschule aktiv sind und das Präsidium keine anderen Regelungen getroffen hat. Das Präsidium kann auf Vorschlag eines Fachbereichs (Konventsbeschluss) Mitglieder von ausländischen Partnerhochschulen mit gemeinsamen Studienprogrammen sowie von inländischen Partnerhochschulen zu weiteren Angehörigen bestimmen (§ 13 Absatz 4 Satz 4 HSG). Für sie gelten die Rechte und Pflichten als Angehörige gemäß § 14 HSG. Sie können zu Prüferinnen und Prüfern an der Technischen Hochschule Lübeck bestellt werden.

§ 3

Seniorprofessur (zu § 65 Absatz 3 HSG)

Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer oder andere Persönlichkeiten aus der wissenschaftlichen oder künstlerischen Praxis, die die Voraussetzungen für eine Professur nach § 61 HSG erfüllen und die bereits in den Ruhestand getreten sind oder eine Rente beziehen, können an der Hochschule beschäftigt werden. Die in Satz 1 genannten Personen können mit der befristeten Wahrnehmung von Aufgaben in Lehre, Forschung, Weiterbildung und Kunst beauftragt werden. Sie können für die Dauer ihrer Beauftragung die Bezeichnung „Seniorprofessorin“ oder „Seniorprofessor“ führen und eine Vergütung erhalten. Mit Erlöschen, Widerruf oder Rücknahme der Beauftragung erlischt die Befugnis zur Führung der Bezeichnung „Seniorprofessorin“ oder „Seniorprofessor“.

§ 4

Organisationsstruktur, Aufgabenverteilung, Kompetenzen, Verantwortlichkeiten (zu § 18 und § 34 HSG)

- (1) Zentrale Organe der Technischen Hochschule Lübeck sind:
 1. der Hochschulrat
 2. der Erweiterte Senat
 3. der Senat
 4. das Präsidium.

- (2) Die Technische Hochschule Lübeck gliedert sich in die Fachbereiche „Angewandte Naturwissenschaften“, „Bauwesen“, „Elektrotechnik und Informatik“ sowie „Maschinenbau und Wirtschaft“.

- (3) Für die Durchführung besonderer Aufgaben bei Forschungs-, Entwicklungs- und Transfervorhaben sowie in der Lehre können unter Verantwortung des Präsidiums oder eines Fachbereichs oder mehrerer Fachbereiche wissenschaftliche Einrichtungen gebildet werden. Die

besonderen Aufgaben im Einzelnen sowie die Organisationsstruktur der Einrichtungen werden in der Errichtungssatzung bestimmt.

- (4) Zur Absicherung und dauerhaften Etablierung von Kompetenzfeldern der TH Lübeck können unter Verantwortung des Präsidiums in Abstimmung mit dem Senatsausschuss für Forschung und Wissenstransfer Kompetenzzentren gebildet werden. Die Aufgaben sowie die Organisationsstruktur der Kompetenzzentren regelt das Präsidium.
- (5) Für die Zusammenarbeit der Fachbereiche insbesondere bei der inhaltlichen Ausgestaltung und der Organisation von Lehre, Studium, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie Weiterbildung können gemeinsame Ausschüsse errichtet werden. Die besonderen Aufgaben des Ausschusses im Einzelnen und seine Zusammensetzung werden in der Errichtungssatzung bestimmt. Bei gemeinsam durchzuführenden Studiengängen ist der Ausschuss auch für die Vorbereitung der Prüfungsordnungen und Studienordnungen zuständig.
- (6) Für die Durchführung von fachbereichsübergreifenden Aufgaben kann die Hochschule zentrale Einrichtungen bilden. Die Errichtung, Änderung und Aufhebung von zentralen Einrichtungen regelt das Präsidium durch Satzung.
- (7) Gemäß § 18 Absatz 3 HSG kann die Hochschule hochschulübergreifende wissenschaftliche oder künstlerische Einrichtungen und Betriebseinheiten sowie Fakultäten und Sektionen als gemeinsame Einrichtungen mehrerer Hochschulen oder mit Forschungseinrichtungen bilden oder eine Außenstelle im inner- oder außereuropäischen Ausland einrichten, soweit das dort gültige Recht dies zulässt.
- (8) Das Präsidium kann für die Wahrnehmung besonderer Aufgaben Präsidiumsbeauftragte ernennen.

§ 5
Zivilklausel
(zu § 3 Absatz 9 HSG)

Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung sowie Wissens- und Technologietransfer an der Technischen Hochschule Lübeck sind auf friedliche Ziele ausgerichtet.

§ 6
Hochschulrat
(zu § 19 Absatz 3 und 6 HSG)

- (1) Der Hochschulrat hat fünf ehrenamtliche Mitglieder.
- (2) Die Hochschule stattet den Hochschulrat aus ihren Personal- und Sachmitteln aufgabengerecht aus. Die Mitglieder des Hochschulrates erhalten je Sitzung eine pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von 150 €. Die oder der Vorsitzende des Hochschulrates erhält je Sitzung eine pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von 200 €. Aufwandsentschädigungen dürfen für maximal vier Sitzungen im Jahr gewährt werden.

Reisekosten werden den Mitgliedern des Hochschulrates nach den Regelungen des Bundesreisekostengesetzes auf Antrag erstattet.

§ 7
Präsidium
(zu § 22 und § 24 HSG)

Dem Präsidium gehören an:

1. die Präsidentin oder der Präsident
2. bis zu drei weitere gewählte Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten und
3. die Kanzlerin oder der Kanzler.

Hat die Hochschule mehr als eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten, kann eine Vizepräsidentin oder ein Vizepräsident auch aus dem Kreis der übrigen Hochschulmitglieder gewählt werden.

§ 8
Senat / Erweiterter Senat
(zu § 21 Absatz 4 Satz 2 HSG / zu § 20 Absatz 3 Satz 2 HSG)

Dem Senat und dem Erweiterten Senat gehören die Präsidiumsbeauftragten nach § 4 Absatz 7 mit Antragsrecht und beratender Stimme an.

§ 9
Wahl und Amtszeit der Dekaninnen und der Dekane; Zusammensetzung des Dekanats
(zu § 30 Absatz 2 und 11 HSG)

- (1) Die Dekanin oder der Dekan der Fachbereiche werden vom Fachbereichskonvent aus dem Kreis der dem Fachbereich angehörenden Professorinnen und Professoren gewählt.
- (2) Die Amtszeit beträgt zwei Jahre.
- (3) Scheidet die Dekanin oder der Dekan vor Ablauf der regulären Amtszeit aus, kann der Fachbereichskonvent für den Rest der Amtszeit der ausgeschiedenen Dekanin oder des ausgeschiedenen Dekans eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger wählen.
- (4) Das Dekanat besteht aus der Dekanin oder dem Dekan sowie bis zu zwei Prodekaninnen oder Prodekanen.

§10
Wahl und Amtszeit der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertretung
(zu § 27 HSG)

Für die Erarbeitung eines Vorschlags für die Wahl der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschule kann der Senat eine Findungskommission einsetzen.

Dieser Findungskommission gehören fünf Personen an:

1. ein Senatsmitglied
2. vier Mitglieder aus dem Gleichstellungsausschuss.

Die Gleichstellungsbeauftragte schlägt dem Erweiterten Senat ihre Stellvertretung vor. Der Erweiterte Senat wählt die Gleichstellungsbeauftragte und ihre Stellvertretung.

Die Amtszeit der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschule beträgt fünf Jahre, die ihrer Stellvertretung und die der Gleichstellungsbeauftragten der Fachbereiche und deren Stellvertretungen drei Jahre. Die Hochschule stellt der Gleichstellungsbeauftragten in dem erforderlichen Umfang Räume, Geschäftsbedarf und Personal zur Verfügung.

§ 11

Chancengerechtigkeit

Die Hochschule trägt zur gleichberechtigten Teilhabe ihrer Mitglieder und Angehörigen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bei.

§ 11a Gleichstellung der Geschlechter (zu § 3 Absatz 4 bis 6 HSG)

Die Hochschule fördert die Gleichstellung aller Geschlechter und ergreift Maßnahmen zur Beseitigung bestehender Nachteile. Hierzu gehören insbesondere Maßnahmen

1. zur Erhöhung des Frauenanteils in der Wissenschaft,
2. zur Vereinbarkeit von Familie mit Studium, Erwerb wissenschaftlicher Qualifikation und Beruf.

Bei allen Vorschlägen und Entscheidungen sind die geschlechtsbezogenen Auswirkungen zu beachten. Weitere Detailregelungen werden im Gleichstellungsplan der Hochschule festgelegt.

§ 11b Vielfalt (zu § 3 Absatz 5 HSG)

Die Hochschule strebt Inklusion im Sinne der Hochschule für Alle (HRK 2009) an: Eine innovative Hochschule muss inklusiv sein, eine nachhaltige Hochschule muss barrierefrei sein. Die Hochschule berücksichtigt die Vielfalt ihrer Mitglieder und Angehörigen. Sie trägt insbesondere Sorge dafür, dass alle Mitglieder und Angehörigen unabhängig von der sozialen Herkunft, der Hautfarbe, der Migrationserfahrung, dem Geschlecht, dem Alter, der sexuellen Identität, der familiären Situation, einer Behinderung (dazu zählen auch psychische und chronische Erkrankungen) oder der Religion und Weltanschauung gleichberechtigt und ohne Diskriminierung an der Forschung, der Lehre, dem Studium und der Weiterbildung im Rahmen ihrer Aufgaben, Rechte und Pflichten innerhalb der Hochschule teilhaben können. Bei allen Vorschlägen und Entscheidungen sind Auswirkungen im Hinblick auf Inklusion und Diversitätsgerechtigkeit zu beachten. Zur Stärkung der Diversitätskompetenz der Hochschule und ihrer Mitglieder gibt sich die TH Lübeck eine Diversitätsstrategie.

§ 12

Beauftragte oder Beauftragter für Diversität (zu § 27a HSG)

Die Rechte und Belange der Beauftragten oder des Beauftragten für Diversität leiten sich aus § 27a HSG ab. Sie oder er wird auf Vorschlag des Präsidiums vom Erweiterten Senat für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich.

§ 13

Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht, Prüfung und Entlastung (zu § 8 HSG)

- (1) Das Haushaltsjahr der Hochschule entspricht dem Haushaltsjahr des Landes Schleswig-Holstein. Mit dem Beschluss über den Haushaltsplan und Stellenplan kann der Senat unter Beachtung der Landshaushaltsordnung (LHO) Regelungen über die Haushaltsführung und -bewirtschaftung vorsehen.
- (2) Die Haushaltsrechnung der Hochschule einschließlich der erforderlichen Nachweise und die Vermögensübersicht erstellt das Präsidium nach den Vorschriften §§ 80 ff. LHO. Das Präsidium leitet sie unverzüglich dem Senat und dem Landesrechnungshof zu.
- (3) Das Präsidium erstellt für die von der Hochschule wahrzunehmenden Landesaufgaben die erforderlichen Verzeichnisse gemäß §§ 80 ff. LHO.
- (4) Ein vom Senat im Einvernehmen mit dem für Hochschulen zuständigen Ministerium und mit dem Landesrechnungshof bestellter Angehöriger der buchprüfenden Berufe prüft die nach Absatz 2 vorgelegte Rechnung gemäß § 109 Absatz 2 LHO. Diese Prüfung erstreckt sich auf die Einhaltung der für die Haushalts- und Wirtschaftsführung geltenden Vorschriften und Grundsätze des Landes, insbesondere auch darauf, ob
 1. die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan der Hochschule eingehalten worden sind,
 2. die Einnahmen und Ausgaben begründet und belegt sind und die Haushaltsrechnung sowie die Übersicht über das Vermögen und die Schulden ordnungsgemäß aufgestellt sind,
 3. Verwahrungen und Vorschüsse ordnungsgemäß und belegt sind.
- (5) Das Ergebnis der Prüfung der Haushaltsrechnung wird von der prüfenden Stelle dem Senat zugeleitet. Der Senat erteilt gemäß § 109 Absatz 3 Satz 2 LHO die Entlastung spätestens bis zum 31. Oktober des auf den Abschluss folgenden Jahres.
- (6) Absatz 4 Satz 1 und Absatz 5 gelten nicht für das Körperschaftsvermögen der Hochschule (§ 8 Absatz 5 HSG). Die Fristen des Absatzes 5 Satz 2 und 3 sind für die Entlastung des Präsidiums nach § 8 Absatz 5 Satz 2 HSG anzuwenden.
- (7) Das Präsidium holt unverzüglich nach Erteilung der Entlastungen die erforderlichen Genehmigungen nach § 109 Absatz 3 LHO ein.

§ 14

Inkrafttreten

Die geänderte Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.